



Gemeinsame Pressemitteilung

von

Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.
Bundesärztekammer
Deutscher Pflegerat e. V.

DKG, BÄK und DPR verabschieden gemeinsame Resolution

Krankenhausbündnis fordert von Bund-Länder-Arbeitsgruppe qualitätssichernde Krankenhausfinanzierung

Berlin, 04. September 2014 – In einer gemeinsamen Resolution an die Politik in Bund und Ländern fordern Deutsche Krankenhausgesellschaft, Bundesärztekammer und Deutscher Pflegerat sowie weitere Verbände, die „...Finanzierung der Krankenhäuser auf eine bedarfsgerechte und berechenbare Grundlage zu stellen...“. Zur Begründung führen die drei Spitzenverbände der Träger und Berufe des Krankenhauswesens an, dass die „...Ansprüche an die medizinische Leistungsfähigkeit in den Kliniken, die Qualität und die Patientensicherheit wachsen, aber immer mehr Krankenhäuser ihre laufenden Kosten nicht decken können und mit absolut unzureichenden Investitionsmitteln konfrontiert sind“.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Georg Baum, nennt die gemeinsame Resolution einen „...Not- und Weckruf, der die Politik darin bestärken soll, die Finanzierung der Kosten der Kliniken insbesondere der Personalkosten zu verbessern und die absolut unzureichende Investitionsfinanzierung zu beenden. Sonst sind Qualität und Patientensicherheit gefährdet“, mahnt er.

Die Stimmung der 1,1 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den 2017 Krankenhäusern beschreibt der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Frank Ulrich Montgomery, „...als unter dem Strich unzufrieden. Arbeitsverdichtung, Zeitmangel und Leistungsdruck prägen den Arbeitsplatz“. Er fordert: „Gute

medizinische Versorgung gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn die Politik eine Qualitätsoffensive in der Krankenhausversorgung ausruft, dann muss sie auch für eine qualitätssichernde Finanzierung des stationären Sektors sorgen“.

Der Präsident des Deutschen Pflegerates, Andreas Westerfellhaus, unterstreicht, dass „...eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten durch Pflegende und angestellte Hebammen nur mit einer besseren Personalausstattung gelingt. Wir brauchen mehr Geld für Pflegepersonal und Hebammen in den Krankenhäusern“.

Die Verbände appellieren in der gemeinsamen Resolution an die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform, „...die Besonderheiten des Krankenhaussektors als medizinisch-sozialen Leistungsbereich der Daseinsvorsorge zu stärken. Insbesondere gilt es, die Grenzen ökonomischer Prinzipien in der gesundheitlichen Versorgung zu beachten“.

Die gemeinsame Resolution von Deutscher Krankenhausgesellschaft, Bundesärztekammer und Deutscher Pflegerat wird unterstützt durch:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V., Caritas, Diakonie, Deutscher Landkreistag, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Rentenversicherung Bund, Der Paritätische Gesamtverband, Verband der Universitätsklinika Deutschlands, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., AWMF, Bundesverband der Belegärzte, Deutscher Hebammenverband e.V., Marburger Bund, Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V.

Pressekontakt:

Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.,
Pressestelle, Moritz Quiske, Telefon: 030-39 80 1-1020
pressestelle@dkgev.de

Bundesärztekammer,
Pressestelle, Alexander Dückers, Telefon: 030-40 04 56-700
pressestelle@baek.de

Deutscher Pflegerat e. V.,
Pressestelle, Moritz Ernst, Telefon: 030-39 87-7-302
m.ernst@deutscher-pflegerat.de